

Thailands hybride Demokratie

Hintergründe der politischen Krise in Thailand

Michael H. Nelson

Während Thailands Demokratie mit der Reifung ihrer Institutionen kämpft, will sich die überkommene hierarchische Gesellschaftsordnung nicht geschlagen geben

Ebenso wie viele andere Länder im asiatisch-pazifischen Raum hat auch Thailand seit über einhundert Jahren aktiv und passiv an der Ausdehnung weltgesellschaftlicher Modelle sozialer Organisation teilgenommen. Dies hat die soziale Formation des Landes grundlegend verändert, jedoch nicht in der Weise, dass die hierarchische Gesellschaftsordnung mit dem König an der Spitze einfach durch funktionale Differenzierung ersetzt worden wäre. Vielmehr hat sich

die Transformation in einem lang andauernden – und noch anhaltenden – Prozess der lokalen Adaption struktureller (einschließlich kultureller) Ressourcen der Weltgesellschaft vollzogen. Davon waren alle gesellschaftlichen Bereiche betroffen: Recht, Medizin, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst, Massenmedien, und eben auch das politische System (Nelson 2004).

Entsprechend finden wir in Thailand keine nach weltgesellschaftlichen Vorgaben sozialstrukturell homogenisierten Teilsysteme, sondern durch „Glokalisierung“ hervorgebrachte hybride Sozialformationen, die den Ausgangsmodellen in vielerlei Hinsicht ähneln.

Demokratie

Demokratie ist die weltgesellschaftlich geförderte Form eines funktional differenzierten politischen Systems auf der

Alle Fotos: Michael H. Nelson



Ebene des Nationalstaates (ungeachtet des Umstandes, dass Demokratisierung seit einiger Zeit auch für supranationale Strukturen gefordert wird). Dementsprechend wurde viel Aufwand getrieben, um Demokratie zu definieren, Faktoren zu bestimmen, die Transition und Konsolidierung fördern, Typologien von Demokratievarianten aufzustellen, die im Verlauf der Adoption des Modells in verschiedenen gesellschaftlich-politischen Zusammenhängen auftreten, Vorschläge für passende institutionelle Formen zu entwickeln, sowie Indikatoren aufzustellen, die in der Lage wären, die Qualität von Demokratie in Ländern zu „messen,“ die beanspruchen, sie verwirklicht zu haben.

Thailand fällt dabei zumeist in die Kategorie der nicht-konsolidierten Demokratie, die stets in Gefahr ist zusammenzubrechen (Case 2007) oder zu scheitern (Croissant 2008). Die turbulenten Ereignisse seit Ende 2005 zeugen davon, dass sich die thailändische Demokratie noch in der Verhandlungsphase befindet. Man sollte dies jedoch nicht teleologisch verstehen, also als ob der Prozess zwangsläufig auf die Einrichtung einer idealtypischen Demokratie hinausläufe. „Glokalisierung“ deutet eher auf das Entstehen eines relativ stabilen hybriden Systems hin, weshalb Carothers (2002) vorgeschlagen hatte, das Transitionsmodell mit großer Vorsicht, und die politische Realität in demokratisierenden Ländern mit Sensibilität zu behandeln.

Im folgenden werde ich drei strukturelle und drei ideologische Merkmale beschreiben, die zu einer Einschätzung des Entwicklungsstandes thailändischer Demokratie beitragen können.

Strukturelle Merkmale

Erstens kann man fragen, inwieweit kollektiv bindende Entscheidungen von gewählten Amtsinhabern getroffen werden. Offenkundig befindet sich die Sicherheitspolitik – wie der vorerst letzte Militärputsch im September 2006 gezeigt hat – weitestgehend außerhalb demokratischer Legitimität. Darüber hinaus verfolgen die Ministerialbürokraten durchaus ihre eigenen politischen Programme. Oft präsidieren Minister mehr über ihre Ministerien, statt sie zu leiten (die bürokratische Vorformung politischer Entscheidungen ist auch in westlichen Demokratien ein erhebliches Problem). Politiker sind ein relativ neues

Phänomen auf der thailändischen politischen Szene, und viele Bürokraten und Technokraten können nicht erkennen, warum ihre Existenz einen Fortschritt gegenüber autoritären Zeiten darstellen soll.

Die Verfassung aus dem Jahr 2007 enthält ein langes Kapitel über „Directive principles of fundamental state policies.“ Dies gab es bereits in der Verfassung des Jahres 1997. Allerdings hatte es dort nur Leitlinienfunktion, während die neueste Variante jede gewählte Regierung zwingt, diese Policies umzusetzen. Im Grunde werden Regierungen auf gewählte Implementeure zurückgestutzt. Sie müssen die politische Agenda einer von den Militärputschisten eingesetzten und daher demokratisch illegitimen Gruppe von Akademikern und Bürokraten umsetzen. Offenkundig widerspricht dieser Tatbestand der demokratischen Kernbestimmung des Artikels 3 derselben Verfassung, der unmissverständlich festlegt: „The sovereign power belongs to the Thai people.“

Zweitens hat die politische Ordnung Thailands bisher kaum nationale wirkungsvolle Kategorien politischen Wettbewerbs entwickelt, wie wir sie mit CDU, SPD, FDP usw. kennen. Das politische System Thailands ist vielmehr „highly localized and territorialized“ (Caramani 2004), sofern es sich nicht um die Bürokratie und zum guten Teil um die Öffentlichkeit handelt. Politische Parteien sind also sehr wenig institutionalisiert. Sie verbleiben im wesentlichen auf der Stufe exklusiver Clubs lokaler Honoratioren und ihrer supra-provinziellen informellen Machtgruppen. Dies wirkt sich sehr negativ auf die politische und administrative Kompetenz aus, die von Politikern auf der nationalen Ebene erwartet werden sollte (allerdings ist Kompetenzmangel ein allgemeines Problem in Thailand und keineswegs auf Politiker beschränkt). Daher konnten die von funktionaler Differenzierung erwarteten Leistungsvorteile des politischen Systems bisher nicht realisiert werden. Es ist wenig überraschend, dass diese Situation in manchen Kreisen den Wert von Freiheit und Demokratie (jedenfalls der in Thailand gegebenen Variante) als Grundorientierungen des politischen Systems erheblich geschwächt haben. Aus dieser Warte erscheinen Hierarchie und Management, oder Mischformen, als überlegenswerte Optionen.

Drittens ist den Bürgern zwar erlaubt, ihre Stimmen in Wahlen abzugeben (per Wahlpflicht), aber das politische System stellt kaum inklusive formale Mechanismen politischer Rekrutierung zur Verfügung, die es an aktiver politischer Teilnahme interessierten Bürgern erlauben würde, Zugang zu Entscheidungsstrukturen zu erlangen. Wie in vielen ähnlichen Systemen beobachten wir daher auch in Thailand eine tiefe Kluft zwischen der politischen Elite und den Bürgern.

In den Provinzen Thailands sind die politischen Strukturen im wesentlichen informell und unsichtbar. Politik ist dort nicht Ausdruck demokratischer öffentlicher Angelegenheiten, sondern sie wird von ihren wichtigen Akteuren eher als bloße Erweiterung ihrer Familien oder „clans“ (trakun) und ihrer Freundschafts- und Interessennetzwerke (phuak) betrachtet. Diese Sachlage widerspricht offenbar dem Grundsatz gleicher demokratischer Staatsbürgerrechte, das heißt politischer Inklusion. Anstatt sich auf die Existenz generalisierter, abstrakter und formal institutionalisierter Zugänge verlassen zu können, bleibt an politischer Teilnahme interessierten Bürgern meist nur die Möglichkeit (außer Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen und begrenzten Möglichkeiten in manchen lokalen Gruppen der Demokratischen Partei), nicht-institutionalisierte, persönliche, und nicht-ideologische Beziehungen mit individuellen Politikern aufzubauen.

Daher ist das Wahlverhalten zumeist (mit teilweiser Ausnahme der Stimmen für die Parteilisten sowie in Bangkok) lokal bestimmt. Prozesse nationaler politischer Integration, die zu einer relativen Vereinheitlichung des Wahlverhaltens führen würden, bleiben eine Aufgabe für die Zukunft. Offenkundig muss sich die hier skizzierte Sachlage negativ auf die politische Sozialisation in Familien und Schulen auswirken. Kinder lernen, dass sie nichts mit Politik zu tun haben. Hinzu kommt, dass Politik außerhalb Bangkoks gelegentlich rustikale Formen annimmt. Viele lokale Politiker mit ihren Geschäftsinteressen haben es nicht gern, wenn Bürger oder Journalisten (wenn diese nicht selbst Teil lokaler politischer phuak sind) ihre Nasen in Angelegenheiten stecken „die sie nichts angehen“ (allem Reden über Good Governance, Transparenz und Accountability zum



Besetzung des Regierungssitzes durch die 'Gelbhemden'

Trotz). Im Zweifelsfall erledigt einer der vielen freiberuflichen Auftragsmörder das „Problem.“

Ideologische Merkmale

Aus Sicht des monarchistischen Establishments, das sowohl die alte hierarchische Natur der thailändischen Politik bis 1932 als auch die folgenden langen Perioden militärisch-bürokratischer Diktaturen widerspiegelt, sind die vorstehenden drei Punkte unproblematisch. Sie bestätigen eher ihre Auffassung, dass die gegenwärtige Form von Demokratie – einschließlich des von ihnen angenommenen Kompetenzmangels auf Seiten der Politiker und Wähler – den „Interessen des Landes“ nicht dient, weshalb es mehr paternalistische Elitenherrschaft braucht, nicht weniger. Die folgenden drei Punkte betreffen die Ideologien, die vom Establishment in den vergangenen Jahrzehnten produziert wurden und auf denen ihr Anspruch auf fortgesetzte außerdemokratische Herrschaftsbeteiligung beruht. Im thailändischen Kontext kann das Ansprechen dieser Punkte zu heftigen Abwehrreaktionen führen und gelegentlich zu Anklagen wegen Majestätsbeleidigung (Nelson 2009).

Erstens sind die Monarchie und die Handlungen von Mitgliedern der königlichen Familie strikt von jeder öffentlichen Debatte durch den Souverän des politischen Systems – dem Volk – ausgenommen, selbst wenn solche Handlungen und die Monarchie als Institution politisch hochsignifikant sind. Sicherlich sollten Bürger in einer liberalen Demokratie ein legitimes Recht der Meinungs-

äußerung haben und nicht gezwungen sein, der offiziell propagierten Ideologie zu folgen. Die aus Sicht der Eliten überragende Bedeutung der Monarchie kommt in dem folgenden Zitat aus einer offiziellen Biographie König Bhumiphols zum Ausdruck, die 1971 veröffentlicht wurde (Office of His Majesty's Private Secretariat 1971).

The King and the People become one. The Throne and the Nation become one, and a profound meaning is thus given to the Thai Throne. It becomes the personification of the Thai nationhood, the symbol of the Nation's unity and independence, the invariable constant above the inconstancies of politics, indeed, as it is written to be, the repository of the sacred trust of the whole nation.

Diese Situation führt dazu, dass eine zentrale Komponente thailändischer Politik normalerweise nicht in politische Analysen einbezogen werden darf (Thongchai 2008). Die gegenwärtige, von der Demokratischen Partei geführte, konservative Koalitionsregierung gibt wenig Anlass zur Hoffnung auf einen eher liberal-demokratischen Ansatz. Schon ihre Regierungserklärung vor dem Parlament insistierte, dass die Monarchie das „emotionale Zentrum der thailändischen Nation“ sei und versprach alle Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen (Matichon, 25. Dezember 2008). Der Justizminister verteidigte die Einschränkung der Meinungsfreiheit mit den Worten: „In Thailand ist die Monarchie nicht nur eine symbolische Institution. Sie ist der Grundpfeiler nationaler Sicherheit.

Jede Beeinträchtigung der Monarchie muss als Bedrohung der nationalen Sicherheit behandelt werden“ (Reuters, 17. Januar 2009).

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Handhabung von Fällen der Majestätsbeleidigung besondere Bedeutung (Nelson 2009). Im April wurde ein Mann zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „beleidigende“ Fotos von Mitgliedern der Königsfamilie ins Netz gestellt hatte. Schon vorher hatte Grant Evans (Bangkok Post, 13. Februar 2009) zu dieser Problematik angemerkt:

Instead of purifying the monarchy it [the political use of the *lèse majesté* law] pollutes it with everyday politics. With each charge of *lèse majesté* people are being asked to choose between monarchy and democracy and ultimately this will work against the former's stature. ... vigilante monarchists seem to be the main threat to the monarchy's longevity.

Zweitens sieht die offizielle Staatsideologie „Nation, Religion, Königtum“ die Thais nicht als selbstbewusste Staatsbürger, sondern in paternalistischer Tradition als konforme Untertanen. Dieser Sichtweise folgend hängt die Existenz des Staates nicht von der demokratischen Kompetenz seiner Bürger ab, sondern vom Funktionieren dieser drei „Institutionen.“ Die Rolle der Bürger ist es, sich diesem Modell unkritisch unterzuordnen. Somphon ([2008]) beschreibt dies so:

The national identity that is at the core of national security means the institutions of nation, religion, and monarchy. In the promotion of national identity, every person and every sector must have loyalty to all three institutions and join hands in promoting the security of these three institutions.

„Nation“ wird hier als eine abstrakte Einheit betrachtet, die ihre eigenen und übergeordneten Interessen hat – festgelegt von der soziokulturellen Elite des Landes. Sie wird als solche aktiv von allen staatlichen Organisationen (Behörden, Kommunalverwaltungen, Schulen) propagiert (Connors 2007). Normalerweise findet man solche Bemühungen einer ideologischen Unterwerfung von Bürgern nur in autoritären Regimen. Demokratien sollten nationale Zwecksetzungen eher als in pluralistischen Diskursen gleicher Bürger hergestellt-

ten, zeitlich begrenzten und dauernder Debatte unterworfenen Mehrheitswillen auffassen. Es ist bemerkenswert, dass die Verfassung, immerhin die Legitimitätsgrundlage jeder Staatshandlung in einer Demokratie, in dieser „Dreifaltigkeit“ nicht enthalten ist. Versuche, sie zu einer „Vierfältigkeit“ durch Einschluss der Verfassung zu erweitern, waren nicht von Erfolg gekrönt.

Drittens ist der seit der Beseitigung der absoluten Monarchie im Jahr 1932 bestehende latente Konflikt zwischen Monarchie und Demokratie ungelöst. Nachdem Pridi Banomyong, der zivile Kopf der Revolutionäre, nach einem letzten Versuch im Jahr 1949, die Militärs von der Macht zu verdrängen, ins dauerhafte Exil gehen musste, ging das politische Potential einer eher bürgerorientierten Konzeption von Demokratie verloren. Das paternalistische Establishment versuchte in der Folge, die Demokratie als von König Prajadhipok huldvoll dem thailändischen Volk gewährte Regierungsform darzustellen. Als im Jahr 1946 die älteste politische Partei Thailands, die Demokraten, gegründet wurde, so war dies gedacht als eine royalistisch-aristokratische Bastion zur Verteidigung monarchistischer Werte gegen die schwach entwickelten Bestrebungen bürgerschaftlicher Politik.

Die Proteste der „Rothemden“ gegen die Regierung

Während der Proteste der gelbe Hemden tragenden „People's Alliance for Democracy“ (PAD), die sich stark monarchistischer Symbolik bediente (Nelson 2007), und in deren zweiter Runde unter anderem im November 2008 die Flughäfen in Bangkok besetzt wurden, stellte sich die Demokratische Partei auf die Seite der PAD. Politische Kräfte, gegründet als Reaktion auf den Militärputsch vom September 2006, die sich unter anderem gegen die Instrumentalisierung der Monarchie wandten, stellten sich sowohl gegen die PAD als auch gegen die Demokraten. Sie drückten ihre Position durch das Tragen roter Hemden aus, in Abgrenzung von den royalistischen gelben Hemden der PAD. Anfang April 2009 kamen in Bangkok mehr als 100.000 „rote“ Demonstranten der United Front



Protestkundgebung der „Rothemden“ am Regierungssitz

for Democracy against Dictatorship (UDD) zusammen, meist aus den Provinzen angereist, um gegen „Bürokratie“ (die paternalistische Ordnung) und für „Demokratie“ (und den gestürzten ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra) zu demonstrieren. Sie verlangten nicht nur den Rücktritt des Premierministers der Demokratischen Partei, sondern auch den Rücktritt dreier Mitglieder des Privy Councils. Sie demonstrierten gar massiv vor der Residenz seines Vorsitzenden. Bis vor kurzem war dies völlig undenkbar, weil dieses Gremium direkt vom König zu seiner Beratung eingesetzt wird. Monarchistische Kräfte interpretierten dies prompt als den Versuch der Rothemden und Thaksins, die Monarchie abzuschaffen. Nach der „Sprengung“ des ASEAN-Gipfels in Pattaya am 11. April durch rote Demonstranten und massiven, teilweise in Straßenkämpfe ausartenden Demonstrationen in Bangkok wurden die Proteste der UDD nach der Verhängung des Notstandes am 14. April durch die Armee beendet.

Die fundamentale Spannung innerhalb der hybriden thailändischen Demokratie zwischen den ideologischen Überbleibseln der alten hierarchischen sozialen Ordnung, in der alle Macht im König konzentriert war, und den egalitären und liberalen Versprechungen einer funktional differenzierten (demokratischen) politischen Ordnung bleibt ungelöst. Und

dieser Konflikt hat durch die drängende Nachfolgefrage stark an Sprengkraft gewonnen.

Literatur

- Carothers, Thomas (2002) „The End of the Transition Paradigm.“ *Journal of Democracy* 13 (1):5-21.
- Case, William F. (2007) „Democracy's Quality and Breakdown: New Lessons from Thailand.“ *Democratization* 14 (4):622-642.
- Connors, Michael Kelly (2007) *Democracy and National Identity in Thailand*. Copenhagen, Denmark: NIAS.
- Croissant, Aurel (2008) „Soziale Gruppen, politische Kräfte, und die Demokratie: Eine strukturorientierte Analyse der demokratischen Transformation in Thailand.“ *Südostasien aktuell* 2/2008, S. 3-40.
- Nelson, Michael H. (2004) „World Society in Thailand: Globalization Confronts Thainess.“ In *Thai Politics: Local and Global Perspectives*. KPI Yearbook No. 2 (2002/03), ed. by Michael H. Nelson, pp. 159-282. Bangkok: King Prajadhipok's Institute.
- Nelson, Michael H. (2007) „'People's Sector Politics' (Kannmuang Phak Prachachon) in Thailand: Problems of Democracy in Ousting Prime Minister Thaksin Shinawatra.“ *Hong Kong: SEARC, City University of Hong Kong*.
- Nelson, Michael H. (2009) „Im Namen seiner Majestät: Majestätsbeleidigung in der thailändischen Demokratie.“ *Südostasien*, No. 1, S. 40-41.
- Office of His Majesty's Private Secretariat (1971) A Memoir of His Majesty King Bhumibol Adulyadej of Thailand*. Bangkok: Thai Watana Panich Press.
- Somphon Thepasitb ([2008]) *Prawatit chart thai kup ekalak khong chart. Khwamsamkhan khong sathaban chart satsana phramakasat [National Thai history and state identity. The importance of the institutions of nation, religion, king]*. Bangkok: Mulanithi Somphon Thepasit phuea satsana lae patthana sangkhom.
- Thongchai Winichakul (2008) „Toppling Democracy.“ *Journal of Contemporary Asia* 38 (1):11-37.

Michael H. Nelson [mhnelson_bkk@yahoo.de] ist als Soziologe Gastwissenschaftler im FB Politische Wissenschaften an der Chulalongkorn Universität, Bangkok. Zudem ist er Mitarbeiter für Südostasienkunde, Universität Passau.